

Hessischer Landtag · 20. Wahlperiode · 117. Sitzung · 13. Oktober 2022
Rede Rolf Kahnt zu Antrag Aktuelle Stunde Fraktion der AfD Aufnahmestopp von
Migranten in Hessen – SOFORT – Drucks. 20/9343 –

https://youtu.be/S_2FJFkgIMw?t=598

Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wieder einmal lässt die AfD-Fraktion ihrem Hass und ihrer Hetze gegenüber in höchste Not geratenen Geflüchteten freien Lauf.

Statt Putins verbrecherischen Krieg zu verurteilen, will sie Schutz und Hilfe suchenden Opfern den Zugang zu unserem Land verwehren. Hemmungs- und skrupellos setzt sie sich darüber hinweg, dass der Ukraine-Krieg, die Energiekrise und die Zuwanderung den solidarischen Zusammenhalt aller verlangen.

Fest steht: Zu unserer Solidargemeinschaft gehört die AfD mit ihren abstoßenden Vorstellungen nicht, weil sie unsere Werte nicht teilt, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr als 1 Million ukrainische Kriegsflüchtlinge haben in Deutschland Zuflucht gefunden. Zudem meldet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Anstieg von Asylersuchenden um 35 %, die zumeist illegal über die Balkanroute nach Deutschland einreisen.

Bund, Länder, Kreise und Städte stoßen nun an Belastungsgrenzen, wie sie für eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten sorgen können. Verschärfend ist, Erstaufnahmeeinrichtungen wie auch Landesunterkünften sind nahezu voll belegt. Auch der freie Wohnungsmarkt ist praktisch leer. Um die Not von Geflüchteten zu lindern, führt notfalls kein Weg daran vorbei, Zelt- und Containerunterkünfte aufzustellen, wobei das langfristig nicht zu einem Dauerzustand werden darf. Helfen wird, dass die Bundesregierung zusätzliche Immobilien für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung stellen will.

Auch bei der für November angekündigten Bund-Länder-Runde ist auf eine notwendige Finanzierungszusage des Bundes bei der Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel zu hoffen. Bei diesem Treffen wird die Überzeugungskraft des Ministerpräsidenten eine ausschlaggebende Rolle für Hessens Belange spielen.

Abschließend: Die aggressive Versalie der AfD bietet keinen Lösungsansatz, die Not der Geflüchteten zu lindern.

Wir dagegen setzen auf solidarische Lösungen, die der Bund zusammen mit Ländern und Kommunen umsetzen wird, sodass eine menschenwürdige Unterbringung und vor allem die Versorgung von Geflüchteten gesichert sind. Zu dieser Verpflichtung stehen wir genauso wie zu einer Politik, die fundamentale Menschenrechte achtet und schützt.

Vielen Dank.